

Nicht reden, handeln!

Nordrhein-Westfalen braucht endlich ein Integrationsgesetz.

Rede von Michael Solf MdL

gehalten am 31. März 2011

anlässlich der Unterrichtung der Landesregierung über die Studie
„Muslimisches Leben in Nordrhein-Westfalen“

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede,

während die Ministerpräsidentin auf den rauchenden Trümmern einer verantwortungslosen und verfassungswidrigen Finanzpolitik sitzt, geht das Leben doch irgendwie weiter. Sie, sehr geehrter Minister Schneider, der neben vielen anderen Dingen auch für das so wichtige Politikfeld Integration zuständig sind, informieren uns heute über eine von Minister Armin Laschet gemeinsam mit Innenminister Schäuble initiierte Studie, die Auskunft über „Muslimisches Leben in Nordrhein-Westfalen“ gibt. Das ist zunächst mal eine gute Nachricht. Zeigt sie doch, dass Sie, sehr geehrter Minister Schneider, bei Ihren vielfältigen Aufgaben das Thema Integration nicht vollständig aus den Augen verloren haben. Und gerade Armin Laschet hat ja immer gefordert, in den Fragen, um die es hier geht, müsse man weg von den früher üblichen wolkigen, floskelhaften Allgemeinplätzen und hinkommen zu belastbaren Aussagen über belegbare Fakten, um so zielorientiert politisch handeln zu können. So weit, so gut. Die Studie ist ein Gewinn. Sie bestätigt das, was jeder Fachmann, zumindest in groben Umrissen, schon wusste, und hinterlegt es auch mit Zahlen. Unter dem Strich bleibt die Aussage, dass das muslimische Leben in unserem Land genauso differenziert betrachtet werden muss, wie „katholisches

Leben“, „protestantisches Leben“, oder jede andere Art von Leben in Deutschland. Deshalb danke ich zunächst einmal für die Studie.

Und dennoch ist der heutige Tag kein Ruhmesblatt für die Politik dieser Landesregierung. Denn seit Monaten wartet dieses Parlament auf eine Initiative, die wichtige Anliegen der Integration und damit auch wichtige Anliegen des muslimischen Lebens in Deutschland einmal in verbindlicher Form anpackt. Konkret: Dieses Parlament wartet seit Monaten auf eine Gelegenheit, sich mit dem Entwurf eines Integrationsgesetzes zu beschäftigen. Ende der letzten Legislaturperiode – die Ausschussprotokolle beweisen es – waren wir soweit, dass wir uns fraktionsübergreifend in die Hände versprochen hatten, dass wir sobald wie möglich ein solches Gesetz – möglichst aus der Mitte des Landtags heraus – entwickeln wollten. Mit dieser Gemeinsamkeit war am Wahlabend Schluss. Seit damals liegt dieses wichtige Politikfeld mehr oder weniger brach. Unsere Gesprächsangebote an Rot und Grün wurden nicht angenommen, und von einem Gesetzentwurf der Landesregierung hört man, aber man sieht nichts. Ersatzweise erfolgt heute eine Unterrichtung über „muslimisches Leben in Nordrhein-Westfalen“, deren Studie seit Januar schon vorliegt. Das aber reicht nicht! Sie setzen Scheinaktivitäten an die Stelle gesetzgeberischen Handelns. Das ist ärgerlich, denn wir verlieren wichtige Zeit!

Ihnen, meine Damen und Herren von Rot und Grün, Ihnen geht es – so muss ich leider feststellen – nämlich gar nicht um die Sache, Ihnen geht es um politisches Kleingeld. Den Beweis erbringen Sie selbst. So haben Sie Ende letzter Woche Ihre Fühler ausgestreckt, um einmal zu erkunden, ob die CDU ggfs. bereit wäre, heute einem von Ihnen bereits formulierten Entschließungsantrag beizutreten. Der von Ihnen vorgeschlagene Text ist aber inhaltlich so hohl, so oberflächlich, so vordergründig, so nichtssagend, als ob man die Interessen der Muslime gar nicht ernst nehmen wollte. Man könnte ihn auch verwenden, wenn man an jeder Stelle, an der das Wort „Muslime“ vorgesehen war, „Männer“, „Baptisten“, „Vegetarier“

oder wegen mir auch „Anhänger von Bayern München“ eingefügt hätte. Sie wollten unsere Zustimmung für die Aussage, dass unter uns viele Menschen muslimischen Bekenntnisses leben, dass man ihre Beziehungen zu Menschen nicht muslimischen Bekenntnisses differenziert betrachten muss, dass sich viele von ihnen in vielerlei Hinsicht in unserer Gesellschaft gefunden haben, und dass es aber noch manche Probleme gibt. Also für solche Trivialität bedarf es keines Entschließungsantrags!

Worum es Ihnen wirklich ging, das war dem Titel Ihres Entwurfs zu entnehmen. Er lautete: „Der Islam ist ein Teil Deutschlands und Nordrhein-Westfalens“. Dieser Satz ist ohne eine Einordnung in weitere Sachzusammenhänge genauso sinnleer und idiotisch wie seine Negation, wie der Satz „der Islam ist *kein* Teil Deutschlands“. Beide Sätze wurden in den letzten Wochen auf eine nachgerade unerträgliche Weise in den Mühlen der öffentlichen Diskussion kleingerieben. All das wäre nicht nötig gewesen, denn natürlich sind beide Sätze zugleich richtig und falsch: Während fast 1300 Jahren seiner Geschichte war der Islam natürlich *nicht* – und ich spreche das jetzt in Anführungszeichen – „Teil Deutschlands“. In dieser Zeit hat es immer wieder Berührungen gegeben – negative und positive, denken Sie nur daran, wie arabische Gelehrte uns die Philosophie, die Medizin, die Mathematik der Antike vermittelt haben – aber Teil Deutschlands im engeren Wortsinne waren der Islam und seine Traditionen selbstverständlich nicht. Das hat sich in den letzten beiden Generationen geändert. Seit damals leben Menschen islamischen Bekenntnisses in wachsender Zahl unter uns. Viele von ihnen sind deutsche Staatsbürger, einige sogar Mitglied unseres Landtages – ich freue mich aufrichtig darüber –, und damit ist heute der Islam natürlich „Teil Deutschlands“. Aber diese Aussage alleine ist doch unerträglich trivial! Wer mit solchen Sätzen Politik macht, ohne sie in einen vernünftigen Zusammenhang zu stellen, oder wer solche Sätze aus einem vernünftigen Zusammenhang herausreißt, der handelt nicht nur verantwortungslos, der handelt auch dumm. Und nicht zuletzt deshalb, meine Damen und Herren von Rot und Grün, wollen wir

mit einem Entschließungsantrag, dessen Titel dumm ist und der auf eine polemische Auseinandersetzung zielt, nichts zu tun haben!

Sehr wohl etwas zu tun haben wollen wir aber mit einem *ernsthaften* Diskurs über die Rolle des Islam in unserem Land. Denn schließlich bekennen sich rund vier Millionen Menschen in Deutschland zu dieser Religion. Und viele dieser vier Millionen sind deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Und schon deshalb ist es unser aller verdammte Pflicht, sich mit den Wünschen, Sorgen und Nöten dieser Menschen auseinanderzusetzen. Nicht, um ihre Interessen gegen die Interessen der Mehrheit in unserem Land zu setzen, sondern um ihnen im Sinne unserer Verfassung und im Sinne der Menschenwürde gerecht zu werden. Deshalb befinden wir uns ja seit Jahren in einem Dialog, und deshalb stehen wir auch zur Verfügung, wenn es um konkrete Maßnahmen geht, die aber bitte schön nichts mit latenter oder offener, jedenfalls billiger Polemik zu tun haben sollen. Innenminister Schäuble ist zu danken für die Einrichtung der Deutschen Islamkonferenz (DIK), und der jetzige Innenminister Friedrich – Bekir Alboga und Ali Toprak haben ihn zu Recht in Schutz genommen – hat vor zwei Tagen noch absolut richtig gesagt: „Die Prägung des Landes, der Kultur aus vielen Jahrhunderten, der Wertmaßstäbe, ist christlich-abendländisch.“ Zugleich beteuerte er, dass die Muslime in Deutschland „selbstverständlich“ zur Gesellschaft gehörten. Am schönsten übrigens hat es Theodor Heuss formuliert: „Es gibt drei Hügel, von denen das Abendland seinen Ausgang genommen hat: Golgota, die Akropolis in Athen, das Capitol in Rom.“

Erlauben Sie mir, liebe Kolleginnen und Kollegen, in einigen wenigen Strichen zu skizzieren, was die tatsächlichen Problemfelder sind, denen wir uns bei unserem Umgang mit dem Islam in unserem Land widmen müssen: Das *erste* Problem ist das einer „differenzierten Betrachtung“. Denn „den“ Islam in unserem Land gibt es natürlich nicht. Auch der unbedarfteste Zeitgenosse kann erkennen, wie vielfältig und zum Teil

widersprüchlich das Spektrum ist. Zum Islam in Deutschland gehören mit unserer Verfassung kaum zu vereinbarende salafistische Spielarten ebenso wie die vielen nach westeuropäischem Verständnis „liberalen“ Formen, denen jeder Demokrat gerne die volle Teilhabe an den grundgesetzlich verbrieften Rechten auf Religionsfreiheit gibt. Wir haben Sunniten und Schiiten und viele andere mehr; es gibt tiefgläubige Muslime und solche, die den Riten eher aus Tradition folgen. Es gibt Moscheegemeinden, die dem türkischen Staat sehr nahe stehen, solche, die ihren Weg auf eine sehr mitteleuropäische, um nicht zu sagen deutsche Art suchen, aber auch einige, die mittelalterlich anmutende und frauenfeindliche Lebensformen propagieren. All das – mir fällt kein besseres Wort ein – ist ein sehr weites Feld. Und das spiegelt sich auch in der Vielfalt der muslimischen Organisationen. Das ist ein ganz wesentliches Problem, wenn wir mit „dem“ Islam in unserem Land umgehen wollen. Gerade seine Vielfalt erschwert es, dort zu Regelungen zu kommen, wo man eigentlich verbindliche Ansprechpartner bräuchte: Stichwort islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache, unter deutscher Schulaufsicht, von in Deutschland ausgebildeten und examinierten Lehrerinnen und Lehrern.

Über den islamischen Religionsunterricht schreiben Sie *einen* Satz – und der ist auch noch falsch. Sie schreiben: „Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in Nordrhein-Westfalen als erstem Bundesland ist ein sichtbares Zeichen dieser Gleichberechtigung.“ Aber es ist doch nur vereinbart worden, dass man einen *Beirat* zur Einführung *einrichten wolle*. Alle Modalitäten sind noch unklar, und gerade da liegen noch gefährliche Hindernisse.

Ist es vielleicht so, Herr Minister, dass jemand, der in einem Zeitungsinterview Deutschland als einen laizistischen Staat bezeichnet hat, gar nicht weiß, was Sache ist? Frau Löhrmann weiß es, Sie möglicherweise nicht. Also will ich es Ihnen sagen:

Wir haben in einer, wenn auch notwendigen, so doch sehr deutsch geführ-

ten Diskussion eine sehr hohe Rechtssicherheit für die Aussage erreicht, es könne *noch keinen* islamischen Religionsunterricht geben. Aber dies wäre zugleich die höchste Ungerechtigkeit für diejenigen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die hier dauerhaft und legal leben, die Grundprinzipien unseres demokratischen Gemeinwesens bejahen und die Menschen islamischen Glaubens sind.

Ich will nicht auf das Zwischenresümee der DIK und dessen berühmt gewordene Ziffer XII, von führenden Staatskirchenrechtlern erarbeitet, näher eingehen. Aber die dort erstmals vorgeschlagene Beiratslösung, im Januar dieses Jahres vom Wissenschaftsrat und von Innenminister de Maizière dringend empfohlen, in Bayern und in Niedersachsen in lokalen Grenzen bereits erprobt, scheint inzwischen vom Koordinierungsrat der Muslime Deutschlands (KRM) akzeptiert zu werden. Ich sage „scheint“, weil ich bis heute keinen Wortlaut, kein offizielles oder auch nur inoffizielles Papier kenne.

Ich habe Frau Ministerin Löhrmann eindringlich gebeten, sich des höchstmöglich kompetenten juristischen Sachverstands zu bedienen, denn wenn ein nicht GG-gemäßer Religionsunterricht von irgendeinem Böswilligen beklagt würde, wären wir um Jahre zurückgeworfen. Religionsunterricht ist eine *res mixta* von Staat und Kirche; Art 7 III GG muss genauestens beachtet werden. Der weltanschaulich neutrale, aber zur Ermöglichung von Religionsunterricht bereite Staat muss einen legitimierten Ansprechpartner analog zu den christlichen Kirchen haben. Und wenn nun der Staat den Islam, der keine Binnenstruktur, keine geregelte Repräsentation besitzt, aus verschiedenen Gründen auch noch nicht eine anerkannte Religionsgemeinschaft ist, zu einer solchen Selbstorganisation drängt, dann bewegt sich der Staat auf einem sehr schmalen Grat zwischen staatlicher Hilfe zur Grundrechtsverwirklichung und einer sog. überfremdenden Fürsorglichkeit, wie es Prof. Hartmut Kreyß formuliert hat.

Die anderen Problempunkte, die Akzeptanz der Weltlichkeit des Staates

und der *negativen* Religionsfreiheit, die missliche Weisungsgebundenheit der Dachverbände an staatliche und halbstaatliche Stellen außerhalb unseres Staates, die Einbeziehung der vielen säkularisierten Muslime, die Rechtsunsicherheiten bei den Kontroll- und Durchgriffsrechten bei der Lehrerausbildung, die unumgängliche Freiheit von Forschung und Lehre und das aufgeklärt-kritische Niveau des Religionsunterrichts hierzulande, dies alles will ich hier nur nennen, aber nicht vertiefen.

Frau Ministerin Löhrmann, ich erkenne ausdrücklich Ihr ehrliches und energisches Bemühen um die Ermöglichung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts an; nehmen Sie diese Hinweise bitte ernst und handeln Sie entsprechend!

Und nun zurück zu Minister Schneider. Das größte Problem, das wir in unserem Land beim Umgang mit dem Islam haben, hat nicht der Islam zu verantworten, sondern an dem sind wir selber schuld. Denn im öffentlichen Diskurs unterscheiden wir nicht. Wer von Migranten oder Menschen mit Zuwanderungsgeschichte spricht, meint nur zu oft Menschen islamischen Bekenntnisses. Und wenn von Integrationsproblemen gesprochen wird, dann wird das leider viel zu oft auf religiöse Unterschiede verkürzt. Und das ist natürlich ein schrecklicher Irrtum.

Würden sich die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nur durch ihre unterschiedliche Religion von uns unterscheiden, dann hätten wir – von einigen ganz wenigen fundamentalistischen Spielarten des Islam einmal abgesehen – keine wirklichen Probleme. Ein in seinem Kern säkularer Staat wie der unsrige würde Spannungen, die nur aus Unterschieden in der religiösen Observanz erwachsen, ohne größere Probleme ertragen. Die Sollbruchstelle befindet sich nur dort, wo die Religion sich den Staat zu Willen machen will. Diese Zeit ist in Europa seit 1648 vorbei, und hier gibt es auch rein gar nichts zu verhandeln.

Die großen Integrationsprobleme aber – und sie gibt es – die liegen *jenseits der Religion*: Zuwanderer aus einer seit vielen Generationen dörflichen

und patriarchalisch geprägten Gesellschaft finden sich nur schwer im Deutschland des frühen 21. Jahrhunderts zurecht. Das gilt insbesondere dann, wenn die Generation der Kinder auf der einen Seite die Wertvorstellungen ihrer Eltern erfüllen soll, auf der anderen mit einem oft orientierungslosen, immer liberalen und manchmal sogar libertären Umfeld umgehen muss. Dann zerreißt es die jungen Menschen – nicht weil sie Muslime oder Türken oder Kurden sind, sondern weil sie die Spannung zweier völlig unterschiedlicher Kulturen nicht aushalten können.

Ein *zweites* Element, das mehr Sprengkraft birgt als die Religion, ist die „nationalstaatliche Ideologie“. Hier ist der türkische Staat nicht hilfreich. Solange der türkische Ministerpräsident die in Deutschland lebenden Türken als seine Wahlbrger betrachtet und sie auffordert, sich vor allem anderen als türkische Staatsbürger zu verstehen, solange behindert er das gedeihliche Zusammenleben von türkischstämmigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und der deutschen Mehrheitsgesellschaft auf eine unerträgliche Art und Weise. Und wenn Sie, sehr geehrter Minister Schneider, allzu beflissen um den stellvertretenden türkischen Ministerpräsidenten herumscharwenzeln, dann besorgen Sie die Geschäfte der türkischen Innenpolitik und nicht die der sinnvollen Integration in unserem Land. Da kann es keine zwei Wege geben: Wer auf Dauer in Deutschland leben möchte, der ist herzlich eingeladen. Der sollte letztlich aber auch die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen. Das muss nicht von heute auf morgen passieren. Und da muss es natürlich geschmeidige Lösungen geben. Aber am Ziel führt kein Weg vorbei. Ein Deutscher oder eine Deutsche islamischen Glaubens sind überhaupt kein Problem, eine Deutsche oder ein Deutscher kurdischer, türkischer, arabischer oder welcher Herkunft auch immer, auch das ist kein Problem. Aber der Wanderer zwischen den Welten, der nicht weiß, wo er hingehört – da wird es schwierig – nicht nur für den Staat, sondern auch für den Menschen selbst.

Das „dritte“ große Problem der Integration ist ein „soziales“: Wir verlie-

ren viel zu viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Kreis derjenigen in unserer Gesellschaft, die sich nicht selber helfen können. In diesem leider ohnehin zu großen Kreis ist der Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte unerträglich hoch. Religion ist daran überhaupt nicht schuld, aber sie mag dazu beitragen, Menschen in diesem Umfeld festzuhalten. Der Ausweg – und auch dazu gibt es keine Alternative – führt über Bildung und als Grundvoraussetzung für alles über die deutsche Sprache.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was überfällig ist, ist ein nordrhein-westfälisches Integrationsgesetz, das die Generationenaufgabe Integration realistisch und kraftvoll anpackt. In seinem Kern müssen Bildung, Sprachförderung und eine institutionelle Absicherung der muslimischen Glaubensgemeinschaften stehen. Ein solches Gesetz verlangt faire und klare Vorgaben von der Gesellschaft, die integrieren möchte, es stellt aber auch Forderungen an diejenigen, von denen Integration erwartet wird. Die große Mehrheit der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist bereit, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Und die Mehrheit in diesem Haus ist gleichfalls bereit dazu. Ich frage mich nur, warum wir dies nicht gemeinsam anpacken. Wir laden alle anderen Fraktionen erneut ein, sich in ehrlicher Gemeinsamkeit an der Lösung der Generationenaufgabe Integration zu beteiligen. Wir haben eigentlich keine Zeit mehr zu warten! Und was wir bis 2010 gemeinsam konnten, dass müssten wir doch auch nach 2010 können!

Ich danke Ihnen!